

Interpellation Nr. 76 (Juni 2024)

betreffend Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Hassdelikten im Netz

24.5232.01

Diskriminierende Äusserungen sind auch im Internet strafbar. Recherchen des Online-Magazins "Reflekt" zeigen jedoch, dass es auf vielen Polizeiposten an grundlegendem Wissen über die Diskriminierungsstrafnorm nach Art. 261bis StGB fehlt¹. In mehreren Fällen wurden Anzeigen entweder nicht entgegengenommen, falsch begründet abgewiesen oder nach Entgegennahme nicht weiterverfolgt. Verstösse gegen die Diskriminierungsstrafnorm sind Officialdelikte, entsprechend müssen Behörden von Amtes wegen ermitteln, sobald sie von einer potenziellen Straftat erfahren. Werden Anzeigen gegen entsprechende Delikte trotz gesetzlicher Vorgaben nicht korrekt behandelt, stellt dies nicht nur ein rechtliches Versagen dar, sondern untergräbt auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Strafverfolgungsbehörden. Im Rahmen der Recherche wurde auch ein Polizeiposten in Basel-Stadt kontaktiert, die Anzeige sei dort, jedoch erst nach einigem Zögern, aufgenommen worden. Wie es um die anderen Polizeiposten in Basel-Stadt steht, ist unklar.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf im Bereich der Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden für den Umgang mit Hassdelikten im Netz und welche zusätzlichen Schritte plant er, um sicherzustellen, dass Anzeigen von Hassdelikten im Netz von allen Polizeiposten korrekt entgegengenommen und bearbeitet werden?
2. Wie bewertet der Regierungsrat die Effektivität der bisherigen Massnahmen und Schulungen in Bezug auf die Erkennung und Verfolgung von Hassdelikten im Internet, und wie stellt er sicher, dass diese kontinuierlich den aktuellen Anforderungen und Entwicklungen angepasst werden?
3. Gibt es spezifische Fortbildungsprogramme für Strafverfolgungsbeamt:innen, die sich auf die Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich der Hassdelikte im Netz konzentrieren? Wenn ja, welche?
4. Welche Schritte unternimmt der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass alle Polizeiposten über die gesetzlichen Bestimmungen der Diskriminierungsstrafnorm umfassend informiert sind und diese korrekt anwenden?
5. Wie plant der Regierungsrat, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken und sicherzustellen, dass Anzeigen von Hassdelikten im Netz bei der Polizei ernst genommen werden?

¹ Recherche von Reflekt: <https://reflekt.ch/recherchen/hatespeech/>

Jessica Brandenburger